Unterrichtung

**über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates
der Ortsgemeinde Heidenburg
am Donnerstag, dem 16. April 2015 um 20:00 Uhr
im Gasthaus „Zur Linde“ in Heidenburg**

Anwesende:

Als Vorsitzende

Anton Göppert als ältestes Ratsmitglied

Die Ratsmitglieder

1. Schemer, Dietmar
2. Schu, Heike
3. Jäger, Andrea
4. Scheit, Erich
5. Paulus, Jürgen
6. Mattes, Dieter
7. Treinen, Werner
8. Hoffmann, Otmar
9. Thome, Karl-Josef
10. Haas, Hermann

Es fehlte entschuldigt:

11. Eiserloh, Kai
Becker ,Alexander (1. Beigeordneter)
Stein, Uwe (2. Beigeordneter)

Ferner anwesend

Bernhard Buss, Forstamt Hochwald (bis TOP 2)
Peter Mayer, Forstamt Hochwald (bis TOP 2)
VG-Bürgermeister Hüllenkremer
VG-Oberinspektorin Ebel (Bis TOP 7)
VG.-Inspektor Schärf als Schriftführer

Gemäß § 34 GemO hatte der 1. Beigeordnete Becker die Mitglieder des Ortsgemeinderates durch schriftliche Einladung zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen.

Aufgrund der Abwesenheit der beiden Beigeordneten übernimmt Ratsmitglied Göppert als ältestes anwesendes Ratsmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Er stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende den Antrag diese zu erweitern und folgende TOP aufzunehmen:

- 10) Vergabe der Rasenreihengräber
- 11) Wahl des Ortsbürgermeisters / Terminfestsetzung
- 12) Verschiedenes

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

So lautete die neue Tagesordnung wie folgt:

Tagesordnung:

Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde
2. Neuabgrenzung der Forstreviere im Bereich des Forstamtes Hochwald
3. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012
4. Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2012
5. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013
6. Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2013
7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 gem. § 95 und 96 GemO
8. Stellungnahme zur Ablehnung des Bürgerantrags der BI „Pro Natur Heidenburg“
9. Grundsatzbeschluss über die Bereitschaft zur Beschaffung eines Defibrillators
10. Vergabe zur Neugestaltung der Friedhoffläche „Rasenreihengräber“
11. Wahl der Ortsbürgermeisterin/des Ortsbürgermeisters Terminfestsetzung
12. Informationen/Verschiedenes

Zu 1.: Einwohnerfragestunde

Es war nichts zu protokollieren.

Zu 2.: Neuabgrenzung der Forstreviere im Bereich des Forstamtes Hochwald

Zu diesem TOP begrüßte der Vorsitzende den neuen Leiter des Forstamtes Hochwald, Herrn Buss, sowie den Revierleiter des Forstrevieres Büdlicherbrück, Herrn Mayer.

Herr Buss trug vor, dass ausgehend von der Ausweisung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald und der daraus folgenden Änderung der Forstamtsgrenzen im Anschluss an den Nationalpark, auch die Forstreviere innerhalb des Forstamtes Hochwald neu abgegrenzt werden müssen.

Der Vorschlag des Forstamtes Hochwald zur Neugliederung der Forstreviere wurde durch Herrn Buss bereits in der Ortsbürgermeisterdienstbesprechung der Verbandsgemeinde Thalfang am 04.02.2015 vorgestellt.

Der Gemeindewald Heidenburg soll zukünftig gemeinsam mit den Gemeindewäldern von Breit, Büdlich, Detzem, Naurath, Schönberg, Berglicht und Horath zum Forstrevier Büdlicherbrück gehören.

Dazu bat Herr Buss mit dem Ziel einer einvernehmlichen Regelung der Revierabgrenzung gem. § 9 des Landeswaldgesetzes um Zustimmung des Ortsgemeinderates.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene offene Fragen der Ratsmitglieder durch Herrn Buss und Herrn Mayer beantwortet und verschiedene Punkte zu Arbeitsplätzen, Arbeitspensum oder anfallenden Kosten erläutert.

So sollen die Revierleiter unterstützt werden, damit möglichst keine Nachteile für die Gemeinden entstehen, dazu soll zusätzliches Personal vorgehalten werden.

Herr Buss gab an, finanziell eher mit einer geringen Entlastung für die Ortsgemeinde Heidenburg zu rechnen.

Die Ortsgemeinden Naurath und Horath haben der vorgestellten Konzeption bereits zugestimmt.

Der Vorsitzende stellte den Antrag der Neugliederung der Revierabgrenzung wie vorgestellt zuzustimmen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 3.: Feststellung des Jahresabschlusses 2012

Der Vorsitzende der Rechnungsprüfer, Herr Dietmar Schemer, wies auf die erfolgten intensiven Rechnungsprüfungen hin. Im Ergebnis empfehlen die Rechnungsprüfer, die jeweiligen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2013 entsprechend der Verwaltungsvorlage und dem Wortlaut des Prüfungsberichtes festzustellen.

Sodann trug der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses das Prüfergebnis in Form des Prüfberichtes zum Jahresabschluss der Ortsgemeinde Heidenburg zum 31. Dezember 2012 wie folgt vor:

I. Gesamtaussage zum Jahresabschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss – bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und Anhang – für das Haushaltsjahr 2012 in seinen Sitzungen am 04.03.2015 und am 16.03.2015 nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO geprüft. Dem Jahresabschluss waren als Anlagen beigefügt: der Rechenschaftsbericht, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitsübersicht und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Ortsbürgermeisters der Ortsgemeinde Heidenburg. Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es auf

der Grundlage durchgeführter Prüfungen eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

II. Prüfergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Heidenburg.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 führte zu folgendem Ergebnis:

1. Die Bilanz schließt auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme von 4.264.088,22 € ab und weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 35.959,57 € aus.
2. Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften, den Satzungen und ortsrechtlichen Bestimmungen:
 - die allgemeinen Bewertungssätze gemäß § 33 GemHVO wurden eingehalten;
 - ein Inventar gem. § 31 GemHVO liegt vor;
 - die Buchführung ist in dem von uns geprüften Umfang beweiskräftig;
 - der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und seine Angaben vermitteln keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Heidenburg;
3. Es wird ein Eigenkapital in Höhe von 2.025.538,00 € ausgewiesen. Das Eigenkapital hat sich demnach gegenüber dem 31.12.2011 um 35.959,57 € erhöht.
4. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen:
 - im Prüfungszeitraum hat sich das Vermögen um 175.442,15 € auf 4.264.088,22 € vermindert;
 - das Fremdkapital einschließlich der Rückstellungen verminderte sich um 121.546,22 € auf 1.237.161,41 €.
5. Abschließende Bewertung des Ergebnisses der Prüfung:
 - die Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde hat sich in 2012 um 39.120,27 € auf 598.891,60 € vermindert.
 - die Investitionskredite haben sich in 2012 um 69.686,28 € auf 577.424,40 € vermindert.

6. Prüfungsempfehlung:

Nach Abschluss unserer Prüfung empfehlen wir die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 durch den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Heidenburg und die Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO.

Es wird empfohlen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, sofern keine vorherige Zustimmung erfolgte, nachträglich zu genehmigen (§ 100 GemO).

Anschließend stellte der Ortsgemeinderat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 mit Anlagen und Anhang entsprechend der vorgestellten Fassung gemäß § 114 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung fest.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 4.: Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2012

Aufgrund der Prüfung und den Feststellungen zum Jahresabschluss 2012 wurde von Ratsmitglied Dietmar Schemer der Antrag gestellt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung zu erteilen.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat entsprechend der Empfehlung der Rechnungsprüfer bezgl. der Jahresabschlüsse 2012 der Ortsgemeinde Heidenburg dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 5.: Feststellung des Jahresabschlusses 2013

Der Vorsitzende der Rechnungsprüfer, Herr Dietmar Schemer, wies auf die erfolgten intensiven Rechnungsprüfungen hin. Im Ergebnis empfehlen die Rechnungsprüfer, die jeweiligen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2013 entsprechend der Verwaltungsvorlage und dem Wortlaut des Prüfungsberichtes festzustellen.

Sodann trug der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses das Prüfergebnis in Form des Prüfberichtes zum Jahresabschluss der Ortsgemeinde Heidenburg zum 31. Dezember 2013 wie folgt vor:

I. Gesamtaussage zum Jahresabschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss – bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und Anhang – für das Haushaltsjahr 2013 in seinen Sitzungen am 04.03.2015 und am 16.03.2015 nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO geprüft. Dem Jahresabschluss waren als Anlagen beigefügt: der Rechenschaftsbericht, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitsübersicht und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Ortsbürgermeisters der Ortsgemeinde Heidenburg. Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

II. Prüfergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Heidenburg.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 führte zu folgendem Ergebnis:

1. Die Bilanz schließt auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme von 4.156.379,19 € ab und weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 58.133,56 € aus.

2. Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften, den Satzungen und ortsrechtlichen Bestimmungen:

- die allgemeinen Bewertungssätze gemäß § 33 GemHVO wurden eingehalten;
- ein Inventar gem. § 31 GemHVO liegt vor;
- die Buchführung ist in dem von uns geprüften Umfang beweiskräftig;
- der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und seine Angaben vermitteln keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Heidenburg;

3. Es wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.967.404,44 € ausgewiesen. Das Eigenkapital hat sich demnach gegenüber dem 31.12.2012 um 58.133,56 € vermindert.

4. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen:

- im Prüfungszeitraum hat sich das Vermögen um 107.709,03 € auf 4.156.379,19 € vermindert;
- das Fremdkapital einschließlich der Rückstellungen erhöhte sich um 13.875,23 € auf 1.251.316,14 €.

5. Abschließende Bewertung des Ergebnisses der Prüfung:

- die Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde hat sich in 2013 um 34.768,07 € auf 633.659,67 € erhöht.
- die Investitionskredite haben sich in 2013 um 2.303,43 € auf 579.727,83 € erhöht.

6. Prüfungsempfehlung:

Nach Abschluss unserer Prüfung empfehlen wir die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 durch den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Heidenburg und die Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO.

Es wird empfohlen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, sofern keine vorherige Zustimmung erfolgte, nachträglich zu genehmigen (§ 100 GemO).

Anschließend stellte der Ortsgemeinderat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 mit Anlagen und Anhang entsprechend der vorgestellten Fassung gemäß § 114 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung fest.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 6.: Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2013

Aufgrund der Prüfung und den Feststellungen zum Jahresabschluss 2013 wurde von Ratsmitglied Dietmar Schemer der Antrag gestellt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung zu erteilen.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat entsprechend der Empfehlung der Rechnungsprüfer bezgl. der Jahresabschlüsse 2013 der Ortsgemeinde Heidenburg dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 7.: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 gem. § 95 und § 96 GemO

Einleitend bedankte sich der Vorsitzende bei Frau Ebel für die Erstellung des umfangreichen und übersichtlichen Zahlenwerks und für die Unterstützung seitens der Verwaltung

Anschließend wurde von Frau Ebel der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2015 vorgetragen und erläutert.

Der Ergebnishaushalt 2015 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 65.976 € aus. Gegenüber der Planung des Vorjahres handelt es sich hierbei um eine Verschlechterung in Höhe von 42.640 €, die sich wie folgt zusammensetzt:

Verschlechterungen:

Produkt 3650:	KiTa Zwergenstübchen (zahlungswirksamer Bereich): Trägeranteil Personalkosten	4.000 €
Produkt 3650:	KiTa Zwergenstübchen (zahlungsunwirksamer Bereich): Höhere Abschreibungen auf das Gebäude nach den durchgeführten Sanierungsarbeiten	2.900 €
Produkt 5510:	Öffentliches Grün: Erstellung eines Baumkatasters	1.050 €
Produkt 5551:	Forst: Die Forstwirtschaftsplanung weist einen geringeren Überschuss aus als im Vorjahr	18.100 €
Produkt 6110:	Steuern und allgemeine Zuweisungen: Aufgrund der Daten der Jahreshauptveranlagung ergeben sich geringere Gewerbesteuererinnahmen als im Vorjahr	14.500 €
versch. Produkte	Verschiedene kleinere Verschlechterungen	2.090 €
	Summe Verschlechterungen:	42.640 €

Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt - 18.997 €. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von 39.150 € ergibt sich zahlungswirksam ein Liquiditätsdefizit in Höhe von 58.147 €. Durch einen Überschuss im investiven Finanzhaushalt (siehe unten) in Höhe von 15.295 € wird das Liquiditätsdefizit gemindert auf insgesamt 42.852 €. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Verschlechterung um 26.155 €. Zur Begründung der Verschlechterung wird auf die Ausführungen zum Ergebnishaushalt, bezogen auf den zahlungswirksamen Bereich, verwiesen. Zusätzlich ergibt sich im Bereich der Tilgungen von Investitionskrediten eine Verbesserung in Höhe von 6.800 €.

Die im Finanzhaushalt geplanten Investitionen sind nachstehend dargestellt.

		Einzahlung	Auszahlung
1.)	Teilhaushalt 1 – Zentrale Verwaltung Keine Veranschlagung		
2.)	Teilhaushalt 2 – Schule und Kultur		
	Produkt 2111: Investitionskostenumlage Grundschulen Thalfang und Heidenburg	0 €	3.802 €
3.)	Teilhaushalt 3 – Soziales und Jugend		
	Produkt 3650: Außenspielgeräte KiTa Zwergenstübchen	0 €	15.000 €

4.) Teilhaushalt 4 – Gesundheit und Sport

Keine Veranschlagung

5.) Teilhaushalt 5 – Gestaltung der Umwelt

Produkt 5220	Verkauf von Baugrundstücken „Obigt Bohrhaus“	37.582 €	0 €
Produkt 5530	Anlage einer zusätzlichen Grab- fläche für Rasenreihengräber. Das neue Grabfeld bietet Platz für ca. 10 Grabstätten	0 €	11.000 €
Produkt 5530	Schlussrate der Landeszuwen- dung für die Sanierung der Fried- hofskapelle	9.300 €	
Produkt 5731	Investitionskostenzuschuss an die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf für die Erneuerung der Blitzschutzanlage der Mehr- zweckhalle Heidenburg (Neuver- anschlagung aus 2014)	0 €	1.785 €
Summe:		46.882 €	31.587 €
Saldo aus Investitionstätigkeit:			+ 15.295 €

Dementsprechend ist eine Neuaufnahme von Investitionskrediten für das Haushaltsjahr 2015 nicht erforderlich. Vielmehr kann das zahlungswirksame Defizit im laufenden Betrieb durch den Überschuss im investiven Finanzhaushalt in Höhe von 15.295 € zusätzlich verringert werden.

So dann wurde nachstehende Haushaltssatzung beschlossen:

Der Inhalt der Haushaltssatzung wird nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bekanntgegeben.

Ratsmitglied Scheit bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung, besonders bei Frau Ebel, für die geleistete Arbeit. Er verwies darauf, dass der die Pflichtaufgaben der Ortsgemeinde erfüllt werden müssen, wobei gleichzeitig die Beteiligung am Kommunalen Entschuldungsfonds beachtet werden soll. In der Zukunft werden viele Punkte wie die Dorf-kernsanierung, Demografischer Wandel etc. auf die Ortsgemeinde zukommen, Herr Scheit hofft dabei auf Unterstützung der öffentlichen Hand.

Ratsmitglied Hoffmann bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls für die geleistete Arbeit und pflichtete in den weiteren Punkten Ratsmitglied Scheit bei.

Ratsmitglieder Haas und Treinen bedankten sich im Namen ihrer FWG's ebenfalls.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 8.: Stellungnahme zur Ablehnung des Bürgerantrags der BI „Pro Natur Heidenburg“

Der Vorsitzende verlas folgende Stellungnahme:

Stellungnahme des I. Beigeordneten zur Ablehnung des Einwohnerantrags nach § 17 Gemeindeordnung

Mit Schreiben vom 04.09.2014 überreichte die Bürgerinitiative Pro Natur Heidenburg einen Einwohnerantrag gemäß § 17 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz.

In dem Schreiben trug man die Bitte vor, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und in der nächsten Sitzung den eingereichten Einwohnerantrag gemäß § 17 Gemeindeordnung zu behandeln sowie um entsprechende Veranlassung gemäß § 17 Gemeindeordnung.

Vom Ortsgemeinderat Heidenburg erwartete man, dass dieses Anliegen bei entsprechenden Entscheidungen Berücksichtigung finden sollte.

Der Einwohnerantrag hat folgenden Wortlaut:

Der Ortsgemeinderat Heidenburg möge folgende Beschlüsse fassen:

- 1 Die Ortsgemeinde (OG) Heidenburg setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass bei der Darstellung von Konzentrationszonen für die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in der laufenden Flächennutzungsplanung der Verbandsgemeinde Thalfang folgende Mindestabstände eingehalten werden:*

Für WEA mit Nabenhöhen bis zu 100 m gilt ein absoluter Mindestabstand von 1000 m zu bewohnten Ortslagen.

Für WEA mit Nabenhöhen über 100 m gilt ein relativer Mindestabstand zu bewohnten Ortslagen, der das Zehnfache der Nabenhöhe beträgt.

- 2 Es werden vorerst keine Verträge mit der ABO Wind AG oder anderen Betreibern von Windenergieanlagen bzw. Projektierern abgeschlossen.*

Begründung:

Bei den Windenergieanlagen (WEA) hat sich in den vergangenen Jahren eine rasante technische Entwicklung vollzogen, die nicht zuletzt die Nabenhöhe und die Größe der Rotoren betrifft. Insofern ist es dringend erforderlich, im Gegenzug auch die Abstände zu den Wohngebieten deutlich zu erweitern.

Die auf Heidenburger Gemarkung von der ABO Wind AG geplanten, von dieser als Nr. 1, 8 und 9 bezeichneten Anlagen weisen eine Gesamthöhe (Nabenhöhe plus halber Rotordurchmesser) von ungefähr 200 m auf. Bei den WEA kommt hinzu, dass sie auf besonders exponierten Standorten errichtet werden sollen, die höher liegen als der Ort Heidenburg. Dadurch wirken die Anlagen noch mächtiger und erdrückender.

Überdies bestehen ernstzunehmende Hinweise aus der Wissenschaft auf Gesundheitsrisiken beim Menschen. Es geht hierbei um Rotorgeräusche, Schattenwurf sowie nicht hörbare Schallwellen, die zu verschiedenen gesundheitlichen Störungen bis hin zu Vibrationen an Körperorganen, vor allem am Gehirn, führen können. Diesen Risiken wollen wir uns nicht aussetzen!

Bei den geplanten WEA handelt es sich um einen schwerwiegenden Eingriff in unseren ländlichen Lebensraum mit erheblichen Belastungen für Mensch, Tier, Natur und Landschaft. Die Folge hiervon sind drastische Einschränkungen der Lebensqualität sowie der Attraktivität unseres Wohnortes mit Wertverlusten bei vielen Eigenheimen.

Als Vertretungsberechtigte Person:

- Ludwin Trampert, Oberstwiese 1, 54426 Heidenburg*
- Michaela Gauer, Pfarrer-Wolfelt-Str. 19, 54426 Heidenburg*
- Teunis Dankers, Pfarrer-Wolfelt-Str. 9, 54426 Heidenburg*

Nach erfolgter Prüfung des Antrages (Feststellung der erforderlichen Unterschriften) durch die Verbandsgemeindeverwaltung Thalfang am Erbeskopf erfolgte in der Gemeinderatssitzung vom 16. Oktober 2014 „einstimmig“ zunächst die generelle Zulassung des Antrages. Ferner wurde in dieser Sitzung „einstimmig“ beschlossen, dass die Anhörung der BI Pro Natur Heidenburg in der nächsten Ortsgemeinderatssitzung am 27. November 2014 erfolgen sollte.

In der Ortsgemeinderatssitzung am 27. November 2014 erklärte der Vorsitzende Ortsbürgermeister Timm, dass in der Sitzung des Ortsgemeinderates am 16.10.2014 einstimmig beschlossen wurde, der BI „Pro Natur“ in der heutigen Sitzung die Möglichkeit einer Anhörung zu geben. Dazu übergab er das Wort an Herrn Dr. Trampert von der BI „Pro Natur“, welcher anschließend den Einwohnerantrag und dessen Hintergründe erläuterte. Einleitend erklärte Herr Dr. Trampert, dass durch die BI „Pro Natur“ ein Einwohnerantrag gemäß § 17 GemO gestellt wurde, wozu ca. 190 Bürger in Heidenburg befragt wurden die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Davon haben 173 Personen den Antrag unterzeichnet, was ungefähr 91 % entspricht. Die Forderungen im Antrag zielen darauf ab, dass der Ortsgemeinderat beschließt für WEA mit Nabenhöhe bis zu 100m einen Mindestabstand von 1.000 m zu bewohnten Ortslagen und geplante Bauerwartungsland sowie für WEA mit Nabenhöhen über 100 m einen relativen Mindestabstand zu bewohnten Ortslagen und geplante Bauerwartungsland, der das Zehnfache der Nabenhöhe beträgt, festzulegen. Weiter sollen vorerst keine weiteren Verträge mit der ABO Wind AG oder anderen Betreibern von Windenergieanlagen bzw. Projektierern abgeschlossen werden.

Als Begründung dazu verlas Herr Dr. Trampert folgenden Text:

„Bei den Windenergieanlagen (WEA) hat sich in den vergangenen Jahren eine rasante technische Entwicklung vollzogen, die nicht zuletzt die Nabenhöhe und die Größe der Rotoren betrifft. Insofern ist es dringend erforderlich, im Gegenzug auch die Abstände zu den Wohngebieten deutlich zu erweitern. Die auf Heidenburger Gemarkung von der ABO Wind AG geplanten, von dieser als Nr. 1, 8

und 9 bezeichneten Anlagen weisen eine Gesamthöhe (Nabenhöhe plus Rotordurchmesser) von ungefähr 200 m auf. Bei den WEA 8 und 9 kommt hinzu, dass sie auf besonders exponierten Standorten errichtet werden sollen, die höher liegen als der Ort Heidenburg. Dadurch wirken die Anlagen noch mächtiger und erdrückender. Überdies bestehen ernstzunehmende Hinweise aus der Wissenschaft auf Gesundheitsrisiken beim Menschen. Es geht hierbei um Rotorgeräusche, Schattenwurf sowie nicht hörbare Schallwellen, die zu verschiedenen gesundheitlichen Störungen bis hin zu Vibrationen an Körperorganen, vor allem am Gehirn, führen können. Diesen Risiken wollen wir uns nicht aussetzen!

Bei den geplanten WEA handelt es sich um einen schwerwiegenden Eingriff in unseren ländlichen Lebensraum mit erheblichen Belastungen für Mensch, Tier, Natur und Landschaft. Die Folge hiervon sind drastische Einschränkungen der Lebensqualität sowie der Attraktivität unseres Wohnortes mit Wertverlusten bei vielen Eigenheimen.“

Herr Dr. Trampert plädierte nach seinen Ausführungen für die Berücksichtigung des Bürgerwillens und verwies auf die geleisteten Unterschriften. Weiter führte er aus, dass vor allem die geplanten Standorte der WEA 8 und 9 aufgrund des Westwindes und den damit verbundenen höheren Lärmwerten als problematisch zu betrachten sind, diese Lärmbelastung würde die Lebensqualität enorm einschränken. Er schlug vor, den Standort der WEA 8 zu verschieben oder aufgrund der Lebensqualität komplett auf die Errichtung dieser Anlage zu verzichten. Herr Dr. Trampert bedankte sich beim Ortsgemeinderat für die bisherige Zusammenarbeit und plädierte für einen guten Umgang miteinander.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Dr. Trampert für die Ausführungen und erklärte weiter, dass der VG-Rat in seiner letzten Sitzung einen Mindestabstand von 800 m zu bewohnten Ortslagen beschlossen hat, abweichend davon kann der Ortsgemeinderat aber auch etwas anderes beschließen.

VG-Bürgermeister Hüllenkremer erläuterte, dass die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes in ein weiteres Beteiligungsverfahren geht, wobei im Rahmen dieser Öffentlichkeitsbeteiligung weitere Einwendungen abgegeben werden können. Abweichende Entscheidungen von Ortsgemeinderäten zu denen des Verbandsgemeinderates werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.

Ratsmitglied Scheit verwies auf die hohen Einnahmen die aus der Errichtung der WEA an die Ortsgemeinde fließen, diese Einnahmequellen sollten ausgeschöpft werden da sie dem Bürger zugutekommen. Es fallen Einnahmen weg, die zur Konsolidierung des Haushaltes der Gemeinde dringend notwendig sind. Sollte die Verschuldung der Gemeinde weiter zu nehmen, so wird die Kommunalaufsicht im Rahmen des Entschuldungsfonds Einspruch einlegen und zu dem einfachsten Mittel greifen: Erhöhung der Grundsteuern. Damit würde jeder Heidenburger Bürger belastet.

Hierzu gibt es eine aktuelle Situation in Hermeskeil, wo der Hebesatz der Grundsteuer B von 400 auf 480% angehoben wurde (Pressemitteilung des TV). Weiter führte er aus, dass der Ortsgemeinderat sich der Thematik schon angenommen hat und gemeinsam mit der Fa. ABO Wind den Standort sowie den Abstand des WEA 8 anpassen will, dies wird durch die Fa. ABO Wind derzeit geprüft.

Herr Dr. Trampert erwiderte dass die Gesundheit verbunden mit der Lebensqualität Priorität bei der Entscheidung haben sollte.

Ratsmitglied Jäger wies darauf hin, dass Private Investoren Anlagen errichten können, Ratsmitglied Jäger wies darauf hin, dass Private Investoren Anlagen errichten können, wenn die Ortsgemeinde auf die Errichtung verzichten würde. Selbst wenn die Ortsgemeinde auf den moralischen Apell der BI eingehen würde, kann immer noch ein „unmoralischer“ Privatmann eine WEA errichten.

Ratsmitglied Paulus erläuterte, dass aufgrund der hohen Verschuldung der Ortsgemeinde die Infrastruktur darunter zu leiden hat. Mit den Einnahmen aus der Windenergie kann dem entgegengewirkt werden.

VG-Bürgermeister Hüllenkremer ging auf die angesprochene Lärmbelästigung ein und erklärte, dass die Abstände sich aus verschiedenen Gesetzen und Richtlinien ergeben. Ein zumutbarer Lärm muss dabei immer geduldet werden.

Ratsmitglied Jäger verwies auf die Sitzung des VG-Rates, in welcher die verschiedenen Entwürfe mit den Prüfkulissen und Abständen ausgiebig erläutert wurden.

Der 2. Beigeordnete Uwe Stein machte nochmals deutlich dass wenn die Ortsgemeinde Heidenburg kein Windrad errichte, dieses von Privaten errichtet werden könne. Dadurch hätte die Ortsgemeinde nur alle Nachteile aber keinerlei Einnahmen aus der Windenergie.

Der 1. Beigeordnete Becker erklärte dass man mit dem Ortsgemeinderat keine Verhinderungspolitik betreiben solle, die Windkraft sei von der Landesregierung gewollt.

Nach einer ausführlichen Diskussion wurde vorgeschlagen über den Einwohnerantrag in der nächsten Sitzung des Ortsgemeinderates zu beraten und entscheiden.

Am 29. Jan. 2015 wurde dem Antrag der BI „Pro Natur Heidenburg“ von keinem Ratsmitglied zugestimmt. Der Rat kam somit nach Abwägung aller Argumente zu dem Schluss bei seiner alten Entscheidung zu bleiben.

Zum TV-Bericht am 09.02.2015, dass der Ortsgemeinderat ohne Diskussion diesen Antrag abgelehnt habe, nehme ich wie folgt Stellung:

Bereits seit den 90'ger Jahren beschäftigte sich der Gemeinderat Heidenburg mit dem Thema Windenergie. Denn eins der ersten WEA stand auf Heidenburger Gemarkung. Dieses WEA wurde bereits im Jahre 2013 zurückgebaut. Auch im neuen Jahrtausend hat sich der Gemeinderat immer wieder mit der Windenergie befasst, sodass nochmals auf der Gemarkung Heidenburg einige WEA's errichtet wurden.

In der aktuellen Debatte befasste sich der Ortsgemeinderat Heidenburg erneut seit 2013 mit dem Themenkomplex der Windenergienutzung im Gemeindegebiet mehrmals in öffentlicher Sitzung (u.a. am 17.01.2013, 20.06.2013, 25.07.2013, 24.04.2014, 03.07.2014, 16.10.2014, 27.11.2014). Damit bestand für interessierte Einwohner immer die Möglichkeit zur Informationseinholung. Daher hat sich der Ortsgemeinderat Heidenburg kein Transparenzdefizit vorzuwerfen. In der genannten Sitzung am 03.07.2015 wurde sogar eine Sitzungsunterbrechung einstimmig beschlossen, sodass alle Bürgerinnen und Bürger sich zu diesem Thema äußern konnten.

Ferner gab zu diesem Themenkomplex Windenergienutzung zwei öffentliche Veranstaltungen der Fa. ABO Wind, zahlreiche Sitzungen innerhalb aller Fraktionen und sieben öffentliche Gemeinderatssitzungen. In jeder dieser Sitzungen wurde das Für und Wider der Windkraft und der möglichen Standorte für Windenergieanlagen (WEA) durch die anwesenden Ratsmitglieder rege und konstruktiv diskutiert. Mehrmals wurde der Abstand der WEA 8 vom Ortsrand vergrößert und verlegt, hierzu gab es sogar am 15.10.2014 zusammen mit Ratsmitgliedern, der Fa. ABO-Wind und dem Forst eine Vorortbegehung.

Zur Forderung über abzuschließende Verträge bleibt festzustellen, dass die Ortsgemeinde Heidenburg gemeinsam mit der Firma ABO Wind AG aus Wiesbaden einen gemarkungsübergreifenden Windpark -mit dem Namen/Bezeichnung Windpark Breit- mit den Ortschaften Büdlich und Breit entwickelt und dazu selbstverständlich im vergangenen Jahr vertragliche Bindungen einging. Ferner wurde einem dem Solidarpakt innerhalb der Verbandsgemeinde zugestimmt.

Alle Entscheidungsträger innerhalb der Ortsgemeinderates Heidenburg haben sich diese Abstimmung nicht einfach gemacht und ich stellte nochmals heraus, dass die Verbandsgemeinde durch die Flächennutzungsplanung einen Wildwuchs von Windenergieanlagen im Verbandsgemeindegebiet ausdrücklich verhindern will.

Es bleibt anzumerken, dass die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf den politischen Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz zur Nutzung erneuerbarer Energien aufgegriffen hat und sich an der Umsetzung der Energiewende aktiv beteiligen will.

Im Jahr 2004 hat die Verbandsgemeinde ihren Flächennutzungsplan gesamt fortgeschrieben. Damals wurde auf der Basis einer durchgeführten flächendeckenden Gesamtuntersuchung beschränkt auf die Potentiale der Windenergienutzung ein geeigneter Standort für die Errichtung von Windenergieanlagen ermittelt, welche im Flächennutzungsplan als Sonderbaufläche Windenergienutzung ausgewiesen wurde. Die vorliegende Flächennutzungsplanfortschreibung zum Sachgebiet „Erneuerbare Energien“ beschränkt sich auf Potentiale zur Windenergienutzung im Verbandsgemeindegebiet.

Die Bundesregierung hat nach dem Reaktorunfall von Fukushima die gesamtstaatlichen Ziele im Bereich der Energieversorgung neu formuliert und damit die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen bundesweit verändert. Im Zuge dieser Entwicklung hat das Land Rheinland-Pfalz seine energiepolitischen Zielsetzungen grundlegend revidiert. Durch die 1. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms vom 16. April 2013 (LEP IV) „Erneuerbare Energien“ wurden neue Ziele der Raumordnung und Landesplanung formuliert.

Ziel der vom Verbandsgemeinderat beschlossenen Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist es nun, nach einer sachgerechten Abwägung der innerhalb des Verbandsgemeindegebietes infrage kommenden Potentialflächen für die Windkraft, das heißt Sonderbauflächen „Windenergie“, für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auszuweiten. Grundlage für die Darstellung von Sonderbauflächen „Windenergie“ in der Flächennutzungsplanfortschreibung ist ein erarbeitetes Standortkonzept, das vom gesamten Gemeindegebiet ausgehend schrittweise Konzentrationsflächen ermittelt hat. Die Verbandsgemeinde beabsichtigt so die Ansiedlung von Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Belange von Mensch und Natur zu steuern und Windkraft zu konzentrieren.

Bei der planungsrechtlichen Betrachtung der Windenergienutzung im Außenbereich stehen einerseits die Vorgaben des Baugesetzbuches sowie landesplanerische Vorgaben im Vordergrund. Nach dem Grundsatz des § 1 Absatz 3 Baugesetzbuch zum Planungserfordernis haben die Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung im Plangebiet erforderlich ist. Der Gesetzgeber hat in § 35 Baugesetzbuch die Nutzung der Windenergie im Außenbereich der Städte und Gemeinden privilegiert. Das bedeutet, dass die Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich zulässig und die Baugenehmigung zu erteilen ist, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und wenn eine ausreichende Erschließung gesichert ist.

Weiterhin hat der Gesetzgeber den Städten und Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, in ihren Flächennutzungsplänen auf der Basis eines schlüssigen städtebaulichen Konzeptes Gebiete darzustellen, welche sich für die Errichtung von Windkraftanlagen eignen. Die besondere Bedeutung der Darstellung im Flächennutzungsplan im Hinblick auf die Privilegierung von Windkraftanlagen wird in § 35 Absatz 3 Baugesetzbuch deutlich. Hier liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange insbesondere vor, wenn das Vorhaben den Darstellungen im Flächennutzungsplan widerspricht. Weiterhin stehen Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nrn. 2 bis 6 Baugesetzbuch öffentliche Belange in der Regel auch dann entgegen, soweit hierfür durch Darstellung im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist. Das heißt, dass durch eine positive Standortausweisung an einer oder mehreren Stellen im Geltungsbereich des Flächennutzungsplans die verbleibenden Gemarkungsteile von ansonsten privilegierten Anlagen freigehalten werden (sogenannter Planvorbehalt).

Um die Darstellung im Flächennutzungsplan einem privilegierten Vorhaben entgegenhalten zu können, müssen diese hinreichend konkret sein. Aus diesem Grund muss eine Darstellung im Flächennutzungsplan so erfolgen, dass die Nutzung der Windenergie ermöglicht wird (Sonderbaufläche für Windkraftanlagen). Die Darstellung von Sonderbauflächen für Windkraftanlagen mit Ausschlusswirkung setzt voraus, dass für das gesamte Gemeindegebiet ein planerisches Standortkonzept und eine auf den Aspekt der Windkraftnutzung ausgerichtete Prüfung vorliegt sowie eine nachvollziehbare Abwägungsentscheidung zu den einzelnen Standorten erfolgt ist. Unter dieser Voraussetzung ist eine Steuerung der Windenergie auf kommunaler Ebene möglich.

Eine wirksame Konstruktionszonenplanung basiert auf einem schlüssigen Planungskonzept für den gesamten Planungsbereich. Hierbei werden nicht nur die positiven Kriterien, die zur Auswahl der Standorte für Windenergieanlagen geführt haben, dargestellt, sondern auch die negativen Gründe, die es rechtfertigen, Windenergieanlagen im übrigen Plangebiet auszuschließen. Um der gesetzlichen Privilegierung gerecht zu werden, darf die Planung nicht dazu missbraucht werden, um Windenergieanlagen faktisch nahezu zu verhindern, sondern es muss der Windenergie substantiell Raum gegeben werden (Bundesverwaltungsgericht 4 C 15.01).

Ausgangspunkt des Standortkonzeptes ist das gesamte Verbandsgemeindegebiet. In diesem wurde in einem mehrstufigen Prozess die Eignung einzelner Flächen für Windenergieanlagen/Windparks geprüft und ins Verhältnis zu den in § 1 Absatz 6 Baugesetzbuch genannten Belangen und den in § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch genannten Abwägungsleitsätzen gesetzt.

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wird für die planerische Steuerung der Windenergienutzung ein schlüssiges und nachvollziehbares Planungskonzept für den gesamten Planungsraum gefordert. Hierzu gehört ein transparenter Abwägungsprozess bei der Festlegung der einzelnen Bereiche, wobei insbesondere den Festlegungen des Plangebers zu den Kriterien (zu unterscheiden nach harten und weichen, der Abwägung zugänglichen Einschränkungsbereichen) eine besondere Bedeutung beizumessen ist. Bei den weichen Kriterien hat der Verbandsgemeinderat die Aspekte eingehend betrachtet und nach Abwägung des Pro und Kontra den Entschluss gefasst, dem Flächennutzungsplan keine Sonderbauflächen „Windenergie“ auf diesen Flächen zu berücksichtigen.

Mit seinen Urteilen vom 13.12.2012 (Az.: 4 CN 1.11 und 4 CN 2.11) hat das Bundesverwaltungsgericht die methodischen Anforderungen an die planerische Steuerung der Windenergienutzung im Außenbereich weiter entwickelt und fordert für die planerische Steuerung der Windenergienutzung in Verbindung mit der Festlegung einer Ausschlusswirkung gemäß § 35 Absatz 3 Satz 3 Baugesetzbuch die Ausarbeitung eines Plankonzeptes in mehreren Arbeitsschritten. Dem wurde Folge geleistet, indem in einem ersten Schritt die harten unumstößli-

chen Kriterien und in einem zweiten Schritt die dem Abwägungsspielraum der Verbandsgemeinde unterliegenden weichen Kriterien behandelt werden.

Danach muss der Plangeber für die Flächen, die er nicht als harte und weiche Tabuzonen eingestuft hat, die sogenannten Potentialflächen prüfen, ob die ausgewählten Bereiche hinreichendes Flächenpotential für die Windenergienutzung und der Flächennutzungsplan substantiell Raum für die Windenergienutzung schafft.

In einem ersten Arbeitsschritt wurden diejenigen Flächen ausgesondert, die aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen, in anderen Worten: dauerhaft und unumstößlich, für eine Windenergienutzung nicht in Frage kommen (sogenannte harte Tabuzonen). Diese Flächen sind im weiteren Planungsverfahren von vornherein einer Windenergienutzung entzogen, ohne dass es einer näheren Untersuchung bedarf und ohne dass der Plangeber dazu planerischen Ermessensspielraum hat. Als harte Tabuzonen ausgeschieden werden müssen solche Schutzgebiete, in denen Ausnahmeregelungen zwar für andere Nutzungen, nicht aber für Windenergie gelten (zum Beispiel strikte allgemeine Bauverbote oder ausdrückliche Verbote von Windenergie).

Da die Steuerung der Windenergienutzung innerhalb des Verbandsgemeindegebietes sich nur auf den Außenbereich im Sinne des § 35 Baugesetzbuch, in dem die Errichtung von Windkraftanlagen nach § 35 Absatz 1 Baugesetzbuch privilegiert ist, und § 35 Absatz 3 Satz 3 Baugesetzbuch Anwendung findet, erstreckt, sind im Zusammenhang bebaute Ortsteile im Sinne des § 34 Baugesetzbuch dem Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes Teilfortschreibung Windenergie entzogen. Sie werden als harte Tabuzonen eingestuft und als Potentialflächen für die Windenergienutzung ausgeschlossen.

Außerdem ist der geltende Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf eine zwingende rechtliche Vorgabe für Bebauungspläne, die nach § 8 Absatz 2 Satz 1 Baugesetzbuch aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind. Die Darstellung von Siedlungsflächen im geltenden Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde schließt eine Nutzung derselben Flächen für den Bau von Windkraftanlagen dauerhaft aus, weil Windkraftanlagen keine für Wohn- oder sonstige Siedlungszwecke bestimmten baulichen Anlagen sind. Damit im Verbandsgemeindegebiet durch Ausweisung von Konzentrationsflächen Siedlungsentwicklungspotentiale nicht blockiert werden, werden die im Flächennutzungsplan enthaltenen Entwicklungsflächen ebenfalls berücksichtigt. Sie werden analog der als Siedlungsflächen gekennzeichneten Bereiche beachtet. Sie sind folglich ebenso als harte Tabuzonen und als Potentialflächen für die Windenergienutzung ausgeschlossen.

Zudem dürfen nach gefestigter Rechtsprechung Windkraftanlagen keine erdrückende Wirkung gegenüber vom Menschen genutzten Gebäuden entfalten und müssen einen Mindestabstand zu Siedlungsgebieten einhalten, der durch die Windkraftanlage bedingte schädliche Lärmemissionen verhindert. Wie der Sicherheitsabstand konkret zu ermitteln ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für eine konkrete Windkraftanlage zu prüfen sind. Ein Sicherheitsabstand von 500 m als Orientierungsgröße für die Flächennutzungsplanung entspricht den zurzeit konsensfähigen Annahmen über den Abstand, der zwischen Windkraftanlagen und Siedlungsflächen sowie im Außenbereich gelegenen, bestandsgeschützten Wohngebäuden mindestens eingehalten werden muss, um die nach dem Flächennutzungsplan zulässigen Windkraftanlagen im Sinne der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanforderungen genehmigungsfähig zu machen. Unterhalb dieses Wertes ist nach den heutigen Erkenntnissen eine Windkraftanlage mit den heute üblichen Dimensionen nicht realisierbar, der Bau einer Windkraftanlage also auf der betreffenden Fläche aus rechtlichen Gründen dauerhaft ausgeschlossen.

Es wurden bei der Ermittlung eines Mindestabstands von 500 m zu Siedlungsflächen bewusst die im Flächennutzungsplan planerisch dargestellten Siedlungsflächen berücksichtigt und nicht allein die Siedlungsflächen, die tatsächlich realisiert sind. Auf diese Weise soll dem

Entwicklungspotential für Siedlungsbereiche Rechnung getragen werden, das im geltenden Flächennutzungsplan bereits dargestellt ist. Der Mindestabstand zwischen der Grenze der Konzentrationsfläche und der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen benachbarten Siedlungsfläche kann also größer sein als 500 m.

Des Weiteren wurden die 500 m-Radien um Siedlungsränder der Siedlungen der benachbarten Verbandsgemeinden mit übernommen, soweit sie in das Verbandsgemeindegebiet Thalfang hineingetragen.

Für die Beantwortung der Frage, ob ein Mindestabstand von 500 m zwischen der Grenze der Konzentrationsfläche und der Grenze des im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Siedlungsbereichs ausreicht, um den angestrebten rechtlich gebundenen Mindestschutz zu gewährleisten, wird von der voraussichtlichen Maximalhöhe einer konventionellen Windkraftanlage ausgegangen, die innerhalb der Konzentrationsfläche realisiert werden kann. Dies entspricht einer Anlage in Höhe von ca. 200 m (Nabenhöhe einschließlich Rotordurchmesser). Eine derartige Anlage ist nicht zu realisieren, ohne die Anforderungen der TA Lärm an dem Betrieb einer Windkraftanlage zu missachten und eine erdrückende Wirkung für die Anwohner zu erzeugen.

Nach Ausschluss der harten Kriterien werden in einem zweiten Schritt weitere Gebiete ausgeschlossen, in denen die Gemeinde oder die Regionalplanungsbehörde nach ihrem planerischen Willen Windenergieanlagen ausschließen möchten (weiche Tabuzonen). Weiche Tabuzonen gehören zum Abwägungsspielraum des Plangebers und müssen daher begründet werden. Der Plangeber ist dabei nicht auf die Umsetzung von fachgesetzlichen Anforderungen beschränkt, sondern kann weitergehende vorsorgende Aspekte einbeziehen, die allerdings städtebaulich begründet sein müssen. Wichtig ist, dass sich der Plangeber den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen verdeutlicht und so klar erkennen kann, welche Ausschlussbereiche einer Abwägung unterliegen. Wenn der Plangeber Flächen seitens des Gemeindegebietes, die keine harte Tabuzonen sind, für eine Windenergie-nutzung ausschließen will, muss er eine Ausschlussentscheidung für das gesamte Plangebiet einheitlich anwenden.

Dahingehend hat sich der Verbandsgemeinderat für eine Vergrößerung des vorgenannten Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Siedlungsflächen, ohne die Belange der Windenergienutzung zu beschränken, entschlossen. Die Festlegung eines Maximalabstandes von 800 m zwischen einer Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen und tatsächlich bestehenden oder im geltenden Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf vorgesehenen Siedlungsflächen gilt einheitlich für das gesamte Verbandsgemeindegebiet und Siedlungen der benachbarten Verbandsgemeinden, soweit die Abstandsflächen in das Gebiet der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf hineinragen.

Im Verbandsgemeinderat wurde durch geeignetes Kartenmaterial verdeutlicht, wie sich die Vergrößerung der Abstandsflächen von 500 m auf 800 m und 1.000 m auf die Flächen auswirkt und auf denen durch Durchführung der bisherigen Prüfungsschritte Flächen für die Windenergienutzung verbleiben.

Anhand dessen hat der Verbandsgemeinderat den Beschluss gefasst, zusätzlich 300 m zu dem bereits als hartes Ausschlusskriterium berücksichtigten Siedlungsabstand von 500 m als weiches Kriterium heranzuziehen und infolge dessen einen Siedlungsabstand von insgesamt 800 m als Potentialfläche für die Windenergienutzung auszuschließen.

In diesem Zusammenhang ist auf das gemeinsame Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten und des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz vom 28. Mai 2013 hinzuweisen, das zum Vorbeugenden Immissionsschutz in der Planung darauf hinweist, dass die aus Gründen des Immissionsschutzes notwendigen Abstände zwischen Flächen für die Wind-

energienutzung und schutzbedürftigen Gebieten bzw. Nutzungen sich insbesondere nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (Trennungsgrundsatz) und den Anforderungen aus den Einwirkungen durch Lärm und Schattenwurf richten. Die Planungsträger sollen dies bei der Ausweisung von Flächen durch ausreichend große Abstände berücksichtigen. Die erforderlichen Abstände sind hierbei insbesondere abhängig von der Anlagenart und Anzahl sowie der Schutzbedürftigkeit der betroffenen Gebiete.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden immissionsschutzrechtlichen Anforderungen, insbesondere bei der planerischen Festlegung von Vorranggebieten, sowie der Ausweisung von Konzentrationsflächen werden Vorsorgeabstände von 800 m angegeben.

Im Hinblick auf die Belange des Immissionsschutzes handelt es sich bei den genannten Abständen um Vorsorgeabstände. Hieraus ergibt sich noch nicht die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsfähigkeit des konkreten Vorhabens. Im Einzelfall können größere Abstände zwischen einzelnen Anlagen und Wohnnutzungen erforderlich werden. Ebenso können, sofern andere nachbarschützende Belange nicht entgegenstehen, auch geringere Abstände ausreichen.

Die Abstandserfordernisse sind auch geeignet, Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Absatz 6 Nr. 5 Baugesetzbuch) zu minimieren. Sie berücksichtigen auch unterschiedliche Schutzansprüche im Außenbereich und in geschlossenen Siedlungen.

Folglich geht der Ortsgemeinderat davon aus, dass die vom Verbandsgemeinderat Thalfang am Erbeskopf gewählte Abstandsregelung von insgesamt 800 m zu Siedlungsgebieten ausreicht und den immissionsschutzrechtlichen Regelungen genügt.

Im Hinblick auf die Forderung, dass vorerst keine Verträge mit der ABO Wind AG oder anderen Betreibern von Windenergieanlagen abzuschließen sind, bleibt festzustellen, dass bereits ein Vertrag im vergangenen Jahr mit einem Windparkentwickler geschlossen wurde.

Die Ortsgemeinde Heidenburg wird mit den bestehenden Planungen den energiepolitischen Zielvorgaben der Bundesregierung und auch der Landesregierung einen kleinen Beitrag leisten und der heimischen Bevölkerung keine unangemessenen Einschränkungen aufbürden.

Zu 9.: Grundsatzbeschluss über die Bereitschaft zur Beschaffung eines Defibrillators

Der Vorsitzende erklärte, dass in der letzten Ortsbürgermeisterdienstbesprechung bereits über dieses Thema gesprochen wurde. Ziel sei eine in der Verbandsgemeinde flächendeckende Versorgung mit sogenannten Laiendefibrillatoren. Dazu soll durch die Verbandsgemeinde ein gesamtheitliches Angebot erarbeitet werden.

Daher wird seitens der Verbandsgemeinde die Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses befürwortet, welcher die Bereitschaft zur Anschaffung eines sog. Laiendefibrillators ausdrückt.

Der Vorsitzende erläuterte als fachkundiger Arzt, dass er in diesen Geräten nur einen Sinn sieht, wenn diese an Orten angebracht sind wo viele Menschen verkehren, z.B. an Flughäfen oder Bahnhöfen. Er würde eine Anschaffung für die Ortsgemeinde nicht befürworten.

Ratsmitglied Scheit erklärte, dass ein Grundsatzbeschluss nicht mit einer Anschaffung gleichzusetzen sei. Es seien weitere Informationen über die Geräte und die Bedienung erforderlich.

In der anschließenden Diskussion wurde kontrovers über dieses Thema gesprochen, Ratsmitglied Jäger schlug eine Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Heidenburg vor. Weiter ver-

wies sie auf die Schule, die KiTa sowie die zahlreichen Veranstaltungen die in der Heidenburger Mehrzweckhalle stattfinden.

Der Ortsgemeinderat beschließt die grundsätzliche Bereitschaft zur Beschaffung eines Defibrillators.

Der Beschluss erfolgte einstimmig bei 1 Enthaltung.

Zu 10.: Vergabe zur Neugestaltung der Friedhoffläche „Rasenreihengräber“

Zu diesem TOP verwies Ratsmitglied auf die vergangene Sitzung des Bau- und Dorferneuerungsausschusses vom 13.04.2015.

Es wurde eine einheitliche Preisabfrage durchgeführt.

Der Bau- und Dorferneuerungsausschuss empfahl die Vergabe an die wirtschaftlichste und preisgünstigste Firma zu vergeben, mit der Bedingung, den Bau in verschiedenen Abnahmeschritten zu kontrollieren.

Die Abnahmen sollen erfolgen nachfolgenden Punkten:

1. Erdaushub
2. Bewährung u. Schalung
3. Betonage u. Aufkantung
4. Abnahme gepflasterter Weg
5. Einsäung Rasen
6. Endabnahme

Die Kontrollen sollen durch Bauausschussmitglied Junk oder den Vater von Ratsmitglied Paulus als Sachverständige erfolgen.

Ratsmitglied Jäger schlug vor, dass der Bürgermeister bei den Kontrollen ebenfalls anwesend sein soll.

Der Ortsgemeinderat beschließt die Arbeiten für die Anlegung der Rasenreihengräber an die Fa. Lauxen aus Heidenburg mit einem Angebotspreis von 7.469,53 € zu vergeben unter der Auflage, dass die Abnahmeschritte wie oben dargestellt kontrolliert werden können. Sollten sich in der Bauausführung Änderungen ergeben, muss dies mit dem Ortsbürgermeister abgestimmt werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Ratsmitglied Treinen hat in der Beratung und Abstimmung wegen Ausschließungsgründen nach § 22 GemO nicht teilgenommen.

Zu 11.: Wahl der Ortsbürgermeisterin/des Ortsbürgermeisters Terminfestsetzung

Der Vorsitzende trug vor, dass die Wahl der Ortsbürgermeisterin bzw. des Ortsbürgermeisters am 28.06. stattfinden soll, eine eventuelle Stichwahl am 12.07.

Der Ortsgemeinderat bestätigte die vorgenannten Termine.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 12.: Informationen/Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über folgende Punkte:

- Veranstaltung Breitbanddialog
- Frühlingswanderung
- Ehrenamtspreis Volksfreund
- Kennenlernwanderung der FWG Schweich
- Baumschneidekurs
- Dorfkern
- Stiftung Blasius